



Update aus Berlin

Juni 2024 (I)

Zitat der Woche

Ohne Sicherheit ist alles nichts.

Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner
Regierungserklärung am Donnerstag

**Am Sonntag ist Europawahl -
verwählt Euch nicht!**



Themen

1. Ankündigung der Kommunalkonferenz am 28. Juni
2. Meine Rede zum AfD-Antrag
3. Regierungserklärung von Olaf Scholz
4. Besuch der LWL-SPD-Fraktion
5. AG Kommunales zur Klimaanpassung
6. Finanzausgleichsgesetz 2024
7. Interview im ARD Morgenmagazin
8. Aus dem Wahlkreis: Videowettbewerb

Liebe Leserinnen und Leser,

schon wieder haben wir eine extreme Wetterlage und Hochwasser im Süden unseres Landes.

Menschen fürchten erneut um ihr Hab und Gut und sogar um ihr Leben. Wir sind bei ihnen und trauern mit denen, die ihre Angehörigen verloren haben. Ich danke allen Menschen, die helfen – allen voran die Feuerwehr und Polizei, dem THW, dem Roten Kreuz und den vielen Freiwilligen, die unterstützen.

Auch die Nachrichten aus Mannheim sind bedrückend. Wir trauern mit der Familie, den Freunden und Kolleginnen des Polizisten, der im Dienst, weil er andere schützen wollte, durch einen Messerangriff so verletzt wurde, dass er starb. Trauer stellt sich ein, aber auch Abscheu darüber, dass die Tat für politische Interessen missbraucht wird. Dem stellen wir uns entgegen und dem widerstehen wir. Außer Frage steht, dass der Täter mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden muss.

Am Sonntag wählen wir das Europäische Parlament. Es ist eine wichtige Wahl, denn wir dürfen Europa nicht den Populistinnen und den Populisten überlassen. Dafür stehen wir und dafür steht unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley. Für uns ist die EU mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt. Sie steht für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit, Vielfalt und Frieden.

Eine gelingende Transformation bedeutet für uns auch, dass niemand in Krisenzeiten mit seinen Sorgen und Problemen im Stich gelassen wird. Deshalb werden wir den Sozialstaat weiterhin gegen Angriffe verteidigen. Das gilt auch für die Rente. Mit uns wird – im Gegensatz zu Forderungen von CDU/CSU – weder das Renteneintrittsalter steigen, noch die abschlagsfreie Rente nach 45 Jahren Berufstätigkeit abgeschafft.

Von Beginn an hat diese Koalition viel dafür getan, um die Planung, die Genehmigung und den Bau von Windkraft und Solarenergie in Deutschland zu vereinfachen und zu beschleunigen. In dieser Woche gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt: Mit der größten Reform des Immissionsschutzgesetzes seit 30 Jahren machen wir Genehmigungsverfahren insbesondere für Windkraft- und Industrieanlagen erheblich schneller und einfacher, ohne Umweltstandards abzusenken. Verfahrensschritte werden digitalisiert, die Beteiligung von Behörden vereinfacht, Fristen verkürzt und die Verfahrensdauer wird verbindlich. Die Reform ist ein echter Booster für den Klimaschutz.

Herzliche Grüße und viel Spaß beim Lesen!



Frauen sind in der Kommunalpolitik noch immer stark unterrepräsentiert. Besonders im ländlichen Raum ist Politik leider in vielen Fällen weiterhin Männersache. Im Kreis Warendorf sind 15% der Bürgermeister*innen Frauen, zwei in 13 Kommunen - womit die Region weit über dem deutschen Durchschnitt von 9% liegt. Welche Ursachen liegen diesem Ungleichgewicht zugrunde? Wie können wir das ändern? Diese und weitere Fragen sollen auf der großen Kommunalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion geklärt werden.

der Kommunalpolitikerinnen finden. Nur einige der prominenten Referentinnen aus Kommunal- und Bundespolitik sind **Bundesinnenministerin Nancy Faeser**, **SPD-Chefin Saskia Esken** und die **Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz**, die erst kürzlich bei uns im Kreis Warendorf zu Gast war. Neben den Diskussionen bietet die Konferenz auch ein Netzwerkevent, bei dem frauenpolitische Vereine und Stiftungen teilnehmen und Informationen zur Vernetzung von Kommunalpolitikerinnen bieten.

“WIE KÖNNEN WIR FRAUEN IN DER KOMMUNALPOLITIK STÄRKEN?”



Unter dem Motto **"Finanzen, Netzwerke und Empowerment"** findet die Veranstaltung am Freitag, den **28. Juni 2024, von 10:00 bis 14:00 Uhr im Otto-Wels-Saal** des Deutschen Bundestages in **Berlin** statt. Ein besonderes Augenmerk der Konferenz liegt auf der Rolle, dem Einfluss und der Förderung von Frauen in der Kommunalpolitik. Zwei zentrale Podiumsdiskussionen versprechen spannende Diskussionen: „Kämmerin.Macht.Geld – Stabile Finanzen. Stabile Kommunen“ und „Gewalt gegen Kommunalpolitikerinnen - Strategien, Programme, Informationen“. Wir wollen das Engagement und die Sichtbarkeit von Frauen in der Kommunalpolitik stärken und konkrete Lösungen für die Herausforderungen

Dies soll den Austausch und die gegenseitige Unterstützung fördern. Die Veranstaltung bietet zudem eine Kinder-betreuung, um die Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Care-Arbeit zu gewährleisten. Dies ist ein wichtiger Schritt, um Eltern, insbesondere Mütter, in ihrem politischen Engagement zu unterstützen. Die Teilnahme an der Kommunalkonferenz ist kostenlos, jedoch sind die Plätze begrenzt. Interessierte werden gebeten, sich bis zum 23. Juni 2024 unter **www.spdfraktion.de/kommunalkonferenz2024** anzumelden. Auf der Seite sind zudem alle Infos zur Veranstaltung und ein detailliertes Programm zu finden. Für weitere Informationen stehen mein Team und ich gerne zur Verfügung.

Bund und Länder beschließen Gesetze, die häufig von den Kommunen ausgeführt werden müssen. Die dafür bereitgestellten Mittel sind aus unterschiedlichen Gründen nicht immer ausreichend. Die Kommunen haben aber auch eigene Aufgaben, zum Beispiel den kommunalen Straßenbau oder die Sicherung der Wasser- und Energieversorgung. Dazu kommen freiwillige Leistungen. Sie sind quasi das Salz in der Suppe, denn hier entscheiden die Mitglieder der Räte über die Förderung von Jugendarbeit, das Kultur- und Sportangebot, also über die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger.

Kommunen profitieren immer wieder von den vielfältigen Maßnahmen des Bundes zur Krisenbewältigung und zur Stärkung der Wirtschaft. Mit einem Finanzierungsdefizit von fast 7 Milliarden Euro verzeichnet die Kassenstatistik für das Jahr 2023 zum ersten Mal seit 2011 wieder ein negatives Jahresergebnis für die deutschen Kommunen.

Was hierfür die Ursache sein könnte...? Nicht etwa ein Ende der milliardenschweren Rettungsschirme des Bundes, eine Konjunkturdelle oder der russische Angriffskrieg mit seinen Folgen.



Im Augen der Antragssteller sind wie immer die Menschen schuld, die in Deutschland Schutz vor Gewalt und Vertreibung suchen. Die Migranten. Durch beide Anträge ziehen sich ihre Vorbehalte der Zuwanderung wie ein Faden.

Ihre „11 Punkte“ für eine Stärkung der Kommunen ist in Wahrheit nichts anders als ein wildes Sammelsurium an kruden Vorstellungen von Politik. Damit wäre den Kommunen gar nicht, aber auch wirklich gar nicht in ihrer finanziellen Situation geholfen. Sie lehne Zuwanderung ab, die Unterbringung von Flüchtlingen sowieso, eine zukunftsweisende Wärmeplanung sollte es gleich gar nicht geben, genauso wie Radfahrwege oder eine offene Kulturszene (außer völkische Feste).

Ein besonderes Ärgernis scheinen Sie dabei der gendergerechten Sprache zu widmen. Zeigen Sie mir einen Kämmerer in diesem Land, dessen Sorgen mit der Abschaffung von weiblicher und männlicher Schreibweise geholfen wäre. In der Realpolitik unterstützt die Bundesregierung unsere Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen, bei der Energiewende, der Digitalisierung, der Bildung, dem Bau von bezahlbarem Wohnraum, der Verkehrswende sowie der Sicherung unserer Sozialsysteme. Mit vielen Milliarden Euro ist den Kommunen halt mehr geholfen, als mit ihren leeren Worthülsen.

Daher gilt: ohne das nötige Kleingeld sind Kommunen kaum handlungsfähig. Und genau deswegen setzt sich meine Partei für eine Entschuldung von Kommunen ein und sorgt vor Ort für einen Abbau des Investitionsstaus. Ihre Anträge sind vom ersten bis letzten Buchstaben abzulehnen.

Hier findet Ihr die gesamte Rede.

Regierungserklärung von Olaf Scholz

Unser Kanzler Olaf Scholz hat sich diese Woche zur aktuellen Sicherheitslage in Deutschland an das Parlament gewandt. Er hat dabei den globalen Klimawandel, Russlands andauernde Aggressionen in Osteuropa und die Bedrohung durch Extremismus innerhalb unserer Grenzen als die größten Sicherheitsrisiken unserer Zeit ausgemacht. Besonders die Gewalttat von Mannheim stand dabei im Fokus des Kanzlers. Der hinterhältige Messerangriff auf einen Polizisten, welcher seinen schweren Verletzungen erlag, hat im gesamten Land tiefe Bestürzung verursacht. Wie kann sich Deutschland gegen islamistischen Terror wehren und wie soll unser Rechtsstaat mit extremistischen Gewalttätern umgehen, die ihn fundamental ablehnen? Die Gesellschaft hat ein Recht darauf, vor Gewalttätern effektiv geschützt zu werden.

Wenn Menschen ohne deutschen Pass schwerste menschenverachtende Straftaten wie den Mord in Mannheim begehen, müssen unsere staatlichen Organe Möglichkeiten haben, sie dauerhaft aus unserer Gesellschaft zu entfernen. Diese Personen haben das Recht auf Schutz, den Deutschland Asylsuchenden gewährt, verwirkt. Wer solche Taten feiert und glorifiziert, zeigt ebenfalls ein untragbares Maß an Menschenverachtung und gehört ebenfalls abgeschoben.

Ich stehe deshalb hinter der Position unseres Kanzlers, Personen ohne deutschen Pass, die sich solcher Taten schuldig machen, aus Deutschland auszuweisen, auch wenn sie nicht aus sogenannten sicheren Herkunftsländern kommen. Ich begrüße deshalb, dass unser Innenministerium unter Nancy Faeser bereits diesbezügliche Optionen sondiert.



(© DBT/Felix Zahn/photothek)

Wir bleiben eine offene Gesellschaft

Gleichzeitig müssen wir uns aber auch unbedingt bewusst machen, dass solche schweren Verbrechen Einzelfälle sind und die überwiegende Mehrheit der Menschen, die als Asylsuchende oder Arbeitsmigranten zu uns kommen, das Recht, die Demokratie und die Menschenwürde respektieren. Die rechten Kräfte in unserem Land, namentlich die AfD, versuchen nun, die Tat von Mannheim für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dabei sind es doch gerade sie selbst, die Recht, Demokratie und Menschenwürde untergraben. Wir als Gesellschaft dürfen nicht auf solche Demagogen hereinkommen.

Menschen mit Migrationsgeschichte waren seit Gründung der Bundesrepublik eine unerlässliche Stütze und Bereicherung für Deutschland und werden es auch in Zukunft sein. Ja, unser Staat muss hart durchgreifen gegen Personen, die eine Gefahr für die Gesellschaft darstellen, aber unsere Offenheit gegenüber allen, die unsere Grundordnung respektieren und unser Land bereichern wollen, dürfen wir nicht verlieren.

Klimaanpassung und Klimaschutz stärken
Das vermehrte Auftreten von Hochwassern führt uns vor Augen, wie sehr der Klimawandel uns mittlerweile bedroht. Das jüngste Hochwasser in Süddeutschland mit mehreren Todesopfern ist ein weiterer Weckruf dafür, dass wir uns an die neuen Gegebenheiten anpassen müssen. Wie Olaf Scholz betont hat, investiert die Bundesregierung deshalb gemeinsam mit den Ländern viel Geld in den Hochwasserschutz und wird auf der anstehenden Ministerpräsidentenkonferenz weiter an den Wasser- und Klimaschutzprogrammen arbeiten.

Die Bundesregierung hat hier bereits viel getan, so ist unter anderem das Klimaanpassungsgesetz zu nennen, mit dem die Bundesregierung in Verbund mit den Kommunen unsere Klimaresilienz stärkt.

Die Ukraine hat das Recht, sich zu verteidigen

Vergangene Woche hat die Bundesregierung der Ukraine erlaubt, deutsche Waffen auch gegen militärische Ziele in Russland einzusetzen. Wenn die Ukraine von russischem Gebiet aus angegriffen wird, muss sie die Möglichkeit haben, die russische Armee auch auf russischem Territorium in ihrer Angriffsfähigkeit zu schwächen. Ich halte diese Entscheidung deshalb für den richtigen Schritt, der gleichzeitig sicherstellt, dass Deutschland nicht in den Krieg hineingezogen wird. Der Kanzler hat diesbezüglich sein großes Verantwortungsgefühl gegenüber der deutschen Bevölkerung betont. Die SPD agiert damit weiterhin als die verantwortungsvollste Kraft im Deutschen Bundestag. Wir bleiben auf unserem besonnenen Pfad, verlieren das Ziel einer freien Ukraine jedoch nicht aus den Augen. Deutschland ist und bleibt hinter den USA der wichtigste Garant einer ukrainischen Zukunft in Freiheit.



Besuch der SPD-Fraktion aus dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Diese Woche durfte ich sechs Mitgliederinnen und Mitglieder der SPD-Fraktion des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe im Bundestag empfangen. Die 125 Mitgliederinnen und Mitglieder der Landschaftsversammlung werden von den Vertretungen der 27 Mitglieds-körperschaften, den 18 Kreistagen und neun Räten der kreisfreien Städte, gewählt. Die SPD ist in der Landschaftsvertretung mit 34 Mitgliederinnen und Mitgliedern vertreten, wobei sich die Fraktionsstärke an den Ergebnissen der Kommunalwahlen orientiert. Als sogenanntes „Westfalenparlament“, setzt sich die Landschaftsversammlung – und im Besonderen unsere dortige SPD-Fraktion – für die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Westfalen-Lippe ein. Die LWL ist daher ein wichtiger Akteur, die interkommunale Zusammenarbeit und Kulturförderung in unserer Region voranzutreiben. Ein zentrales Aufgabengebiet der LWL ist dabei die Eingliederungshilfe, um Menschen mit wesentlichen Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben sowie die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, Arbeit und Gesellschaft zu ermöglichen.



Als kommunalpolitischer Sprecher unterstütze ich den Auftrag der LWL ausdrücklich und freue mich deshalb, mit den Mitgliedern der SPD-Fraktion ins Gespräch kommen zu können. Dabei haben wir im Rahmen eines zweitägigen Programms einen inhaltlichen Austausch über wichtige kommunal- und regionalpolitische Themen geführt.



Unser Programm sah zunächst ein Gespräch mit Bundesminister Karl Lauterbach vor, in dem wir die kommunalen Folgen der aktuellen Krankenhausreform erörtert haben. Außerdem haben wir zusammen mit meinen Kollegen Brian Nickholz und Dirk Wiese über die Bekämpfung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit und über die Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung für die Verwaltung gesprochen. Angesichts der schwierigen Finanzlage in vielen Kommunen haben wir darüber hinaus die Altschulden-Problematik in NRW und mögliche strukturelle Verbesserungen in der Kommunenfinanzierung diskutiert. Letztlich war mit Takis Mehmet Ali auch der Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu Gast, mit dem wir die Förderung der Eingliederungshilfe besprochen haben.

AG Kommunalpolitik zur Klimaanpassung in unseren Kommunen

Anlässlich des bundesweiten Hitzeaktionstages haben wir in der dieswöchigen Sitzung der AG Kommunales über kommunalen Hitzeschutz und Klimaanpassung gesprochen. Die gegenwärtigen Fluten im Süden Deutschlands verdeutlichen einmal mehr, dass der Klimawandel zu heftigeren Extremwetterereignissen führt, die die Lebensgrundlagen der Menschen in Deutschland unmittelbar bedrohen. Mit Blick auf den bevorstehenden Sommer ist erneut mit Temperaturrekorden zu rechnen, weshalb der Hitzeschutz nicht mehr nur ein gesundheitspolitisches Thema für die Älteren in unserer Gesellschaft ist, sondern uns Alle etwas angeht.

Um zu besprechen, welche Beiträge Kommunen zum Aufbau der gesamtstaatlichen Hitze-Resilienz leisten können, haben wir mit Marx Bürck-Gemassmer und Jonas Gerke zwei sehr gute Referenten von der Deutschen Allianz für Klimawandel und Gesundheit e.V. gewinnen können. In ihren Vorträgen haben beide eindrucksvoll aufzeigen können, dass sich Deutschland auf Hitzewellen besser vorbereiten muss. Bisher haben Ressourcenmangel,

Zuständigkeitsstreitigkeiten oder Bürokratie die Umsetzung von Klimaanpassungs- und Hitzeschutzmaßnahmen häufig verlangsamt. Kommunen kommt bei der Überwindung dieser Hindernisse eine besondere Verantwortung zu, nicht zuletzt da sie direkt vor Ort wirken können. Als Bundesgesetzgeber unterstützen wir Kommunen, beispielsweise durch das Klimaanpassungsgesetz, mit dem wir kommunale Maßnahmen auch finanziell stärker fördern.



Dabei ist es mir aber auch wichtig, dass Klimaschutz keiner „Top-Down-Logik“ folgt, die der kommunalen Selbstversorgung zuwiderläuft. Im Gegenteil, wenn wir unsere Lebensgrundlagen besser schützen wollen, brauchen wir einen emanzipatorischen Ansatz, der Kommunen und Zivilgesellschaft befähigt, selbst proaktiv tätig zu werden.

Finanzausgleichsgesetz 2024

Unter dem sperrigen Titel „Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2024“ haben wir diese Woche im Bundestag ein wichtiges Vorhaben in 1. Lesung beraten. Denn Fluchtmigration zu bewältigen ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Deshalb unterstützt der Bund die Länder und Kommunen bei ihren Aufgaben auch finanziell. So haben der Bundeskanzler und die Regierungschef:innen der Länder vereinbart, die bisher bestehende feste Flüchtlingspauschale von jährlich 1,25 Milliarden Euro ab 2024 zu einem „atmenden System“ weiterzuentwickeln. Dieses System sieht eine jährliche Pauschale von 7.500 Euro pro Asylersantragsteller vor. Für 2024 wurde ein Abschlag von insgesamt 1,75 Milliarden Euro vereinbart. Ab 2025 dient die tatsächliche Zahl von Geflüchteten als Grundlage.

Umgesetzt wird diese finanzielle Unterstützung, indem der Bund auf Umsatzsteueranteile zugunsten der Länder verzichtet. Dafür wird mit dem Gesetzentwurf die vertikale Umsatzsteuerverteilung für 2024 bis 2028 angepasst. Außerdem sollen die Länder zusätzliche Umsatzsteueranteile von jährlich jeweils 100 Millionen Euro in den Jahren 2024 bis 2028 erhalten, um finanzielle Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Erstellung kommunaler Wärmepläne tragen zu können. Durch das Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze (Wärmeplanungsgesetz – WPG) gilt erstmals eine bundesweite Pflicht zur Wärmeplanung. Es ist Aufgabe der Länder, diese Wärmeplanung durchzuführen. Der Bund unterstützt die Länder nun hierbei mit insgesamt 500 Millionen Euro.

Interview im ARD Morgenmagazin

Dem ARD-Morgenmagazin habe ich in dieser Woche im Hauptstadtstudio über die Maßnahmen der Bundesregierung für die Bauwirtschaft gesprochen. Wir brauchen mehr Wohnungen, dafür erforderlich sind mehr Fachkräfte, mehr Geld und weniger Bürokratie. So wie in vielen anderen Branchen auch. Mit zahlreichen Förderprogrammen, beispielsweise für Sanierung oder für klimaneutralen Neubau,



unterstützt die Bundesregierung finanziell. Auch das „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ soll auf Bundesebene unterstützen. Für den Bürokratieabbau und die Beschleunigung von Verfahren haben wir ebenfalls bereits Maßnahmen auf den Weg gebracht. Das Bebauungsrecht wird vereinfacht, es wird mehr genehmigt und nicht erforderliche Normen werden gestrichen. Das [Interview könnt Ihr euch hier nochmal ansehen.](#)



Abschluss und Preisverleihung “90 Sekunden Grundgesetz”

Mit einer fulminanten Preisverleihung im Warendorfer Kino, dem “SCALA Filmtheater”, ging Ende der Mai der Videowettbewerb zum Grundgesetz bei mir im Wahlkreis zu Ende. Wir haben den 75. Geburtstag unserer Verfassung zum Anlass genommen, um junge Menschen aus dem Kreis Warendorf zu fragen “90 Sekunden Grundgesetz - und was sagst Du?”. Die Resonanz war überwältigend. Der Wettbewerb hat uns die letzten Monate im Wahlkreis begleitet und hat nun einen würdigen Abschluss



mit ebenso würdigen Preisträgerinnen und Preisträgern gefunden. Über den Hauptpreis durfte sich die Medien AG der Fritz-Winter-Gesamtschule in Ahlen freuen. In der Jugendkategorie ging der Sieg an die Klasse 9a des Städtischen Gymnasiums Ahlen. Mit fast 200 Leuten war der große Kinosaal im SCALA an diesem Abend restlos gefüllt. Danke, dass ihr alle da wart, danke fürs Mitmachen und Danke an die tolle Jury! Aydan Özoguz, unsere Bundestagsvizepräsidentin ist extra aus Hamburg angereist, Katrin Reuscher, Bürgermeisterin von Sendenhorst und Johannes Austermann, Inhaber des Kinos, haben mit ihrer Perspektive das Projekt abgerundet.

